Europas Beitrag zum Wiederaufbau Syriens

Nach dem Sturz des Assad-Regimes öffnet sich für Unternehmen ein Fenster für den wirtschaftlichen Wiedereinstieg. Was es dabei zu beachten gilt und wie sich Europa als Partner auf Augenhöhe einbringen kann.

Von Yasmin Zein

Mein Kolleg-Jahr beginnt ganz anders als geplant. Ursprünglich wollte ich mich im Rahmen meines Fellowships mit geflüchteten Frauen beschäftigen. Der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen hatte ich mich bereits fünf Jahre lang im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums gewidmet. Mein Thema stand früh fest. Ich hatte es bereits im Sommer 2024 während der Bewerbungsphase gewählt. Die Zusage kam im September, erste Gespräche mit möglichen Einsatzorten folgten. Doch dann kam alles anders.

Am 8. Dezember 2024 geschieht das Unerwartete: Das Assad-Regime wird gestürzt. Für Millionen Syrerinnen und Syrer weltweit – darunter auch meine Familie – ist dies ein Tag, den sie nie vergessen werden. Für mich war sofort klar: Der Wiederaufbau der Heimat meiner Eltern ist mein neues Thema. Ich wollte diesen Prozess aus unterschiedlichen Perspektiven begleiten: aus Sicht der Privatwirtschaft, internationaler Hilfsorganisationen und multilateraler Institutionen, sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene.

Die erste Station meines Kolleg-Jahres war bei Siemens in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Von hier aus steuert das Unternehmen seine Projekte in 17 Ländern, von Libyen bis Pakistan. Infrastruktur, Energie und Wasserwirtschaft stehen dabei im Fokus. Nach dem Sturz des Langzeitherrschers Baschar al-Assad wurde Syrien auch für den deutschen Konzern schnell wieder relevant. Die zentrale Frage hierbei: Wie könnte ein verantwortungsvoller und inklusiver wirtschaftlicher Wiedereinstieg in Syrien möglich sein?

Ein Land im Umbruch

Die politische Ausgangslage ist dabei jedoch alles andere als einfach. Syrien steht noch immer unter Schock. Vier von fünf Menschen leben in Armut. Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsversorgung – vieles liegt in Trümmern. Und doch hat sich in den vergangenen Monaten etwas verändert. Bei der Nationalen Dialogkonferenz im Februar 2025 in Damaskus kamen erstmals seit Jahren Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher politischer Lager an einem Tisch zusammen. Sie diskutierten

Nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 beginnen in der syrischen Stadt Aleppo die ersten Arbeiten am Wiederaufbau jener Gebiete, die über Jahre hinweg zerstört und vernachlässigt worden waren.

über Verfassungsentwürfe, Konzepte für eine Übergangsjustiz und Wege zur wirtschaftlichen Öffnung des Landes.

Auch auf internationaler Ebene kommt Bewegung auf. So wurden auf der Syrien-Konferenz im März dieses Jahres in Brüssel über sechs Milliarden US-Dollar mobilisiert. Zwei Monate später kündigten die EU-Staaten die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen gegen Syrien an. Überraschend erklärte auch die US-Regierung, sämtliche Sanktionen aufheben zu wollen. Organisationen wie das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder die Weltbank richten ihre Strategien verstärkt auf eine mittelfristige Stabilisierung aus. Außerdem analysieren immer mehr Unternehmen mögliche Einstiegsoptionen.

Suweida als Erinnerung

Die Entwicklungen im Süden Syriens machen allerdings deutlich, wie instabil die Lage nach wie vor ist. In Suweida, einer mehrheitlich von Drusinnen und Drusen bewohnten Region, kam es im Frühjahr 2025 zu Massakern an der Zivilbevölkerung. Bewaffnete regimetreue Einheiten griffen protestierende Gemeinden an, töteten Dutzende Menschen und zerstörten gezielt die lokale Infrastruktur. Die Gewalt schockierte viele im Land und in der Diaspora. Sie zeigte, wie schnell neue Versuche der Selbstverwaltung und politischen Öffnung durch brutale Repression untergraben werden können.

Gleichzeitig bleibt der Wunsch nach einem politischen Neuanfang bestehen. Die Übergangsregierung in Damaskus steht vor der schwierigen Aufgabe, Vertrauen aufzubauen und zugleich für Sicherheit zu sorgen. Erste Schritte wurden eingeleitet: So fanden am 5. Oktober Wahlen statt, bei denen 6000 Wahlmänner und -frauen zwei Drittel des Parlaments bestimmten; 70 Parlamentarier ernennt der Präsident. Es war die erste Abstimmung seit fast 20 Jahren und nur 10 Monate nach dem Ende des Bürgerkriegs ein bemerkenswertes Zeichen für den Beginn eines politischen Prozesses, der auf Teilhabe und institutionellen Wandel setzt.

„Wer vorbereitet ist, kann mitgestalten“

Bei Siemens ist man sich bewusst, dass der Wiederaufbau nicht erst mit politischen Lösungen beginnt, sondern mit Vordenken, Gesprächen, Planungen und sorgfältiger Abwägung von Risiken. „Wer vorbereitet ist, kann mitgestalten“ – so fasste es ein Projektleiter bei einem Treffen in der

Siemens-Zentrale in Expo City Dubai zusammen. Nach zahlreichen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der syrischen Regierung, der GIZ, der EU-Delegation für Syrien, des deutschen Entwicklungsministeriums, der UN sowie mit syrischen zivilgesellschaftlichen Initiativen entstand ein erster Eindruck davon, wie ein wirtschaftliches Engagement konkret ausgestaltet werden könnte.

Zwischen Marktlogik und Entwicklungszielen

Über verschiedene Bereiche hinweg herrscht Einigkeit darüber, dass verantwortliches Engagement auf Augenhöhe mehr als nur Finanzkapital erfordert. Entscheidend sind vor allem verlässliche politische Rahmenbedingungen, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie ein gemeinsames Verständnis zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Vergleicht man die verschiedenen institutionellen Perspektiven miteinander, so zeigen sich deutliche Unterschiede in Denkweise und Tempo. Unternehmen streben nach schnellen, konkreten Lösungen. Entwicklungsorganisationen agieren hingegen vorsichtiger und sind oft an langwierige Entscheidungsprozesse gebunden. Es erweist sich als großer Vorteil, beide „Sprachen“ zu sprechen und so als Vermittlerin zwischen den Systemen auftreten zu können.

Bei der Entwicklung neuer Ansätze für wirtschaftliche Teilhabe sollte der Fokus auf Rückkehr und Integration gelegt werden. Denn mehr als sechs Millionen Syrerinnen und Syrer leben weiterhin außerhalb des Landes. Viele von ihnen möchten zurückkehren, wissen aber nicht, wie oder wohin. Es fehlt an Arbeitsplätzen, an Ausbildungsmöglichkeiten und Orientierung. Hier kommt der Repräsentanz des UN-Entwicklungsprogramms eine zentrale Rolle zu. Das Ziel ist klar: von Anfang an Rückkehr vorbereiten und Teilhabe ermöglichen.

Europa am Zug

Europa kann in dieser Phase viel bewirken. Dabei sind drei Aspekte besonders wichtig: Erstens gilt es, politische Klarheit zu schaffen. Sanktionen dürfen weder pauschal verlängert noch reflexartig gelockert werden; Differenzierung ist der Schlüssel zum Erfolg. Zweitens braucht es finanzielle Verlässlichkeit. Versprochene Mittel müssen in konkrete Vorhaben übersetzt werden; denn Kommunen, Organisationen und Unternehmen benötigen Planungssicherheit. Und drittens kommt es auf echte Partnerschaften an. Projekte müssen gemeinsam mit Syrerinnen und Syrern entwickelt und umgesetzt werden – nicht als Ersatz für Politik, sondern als deren Ergänzung.

Europa verfügt über umfangreiche Erfahrung mit Transformationsprozessen. Diese Erfahrung kann und sollte es jetzt als Partner und nicht als Vormund einbringen.

Verantwortung und Realität

Gleichzeitig ist klar, wie volatil die Lage bleibt. Eskalationen wie die zwischen dem Iran und Israel im Juni 2025 beeinflussen internationale Vorhaben unmittelbar. Rechtliche Rahmenbedingungen ändern sich. Risikoanalysen müssen daher regelmäßig angepasst werden. In einem derart fragilen Umfeld sind Menschen gefragt, die flexibel agieren, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren. Was Syrien jetzt braucht, ist Zusammenarbeit, Vertrauen und den Mut, neue Wege zu gehen.

Yasmin Zein
beschäftigt sich im Rahmen ihres Kolleg-Jahres mit den strukturellen Grundlagen für die wirtschaftliche Re-Integration internationaler Unternehmen in Syrien. Sie untersucht, wie strategische Allianzen zwischen Privatwirtschaft und internationalen Gebern gestaltet werden können, um substanzielle Investitionen und nachhaltige Entwicklungsperspektiven zu ermöglichen.